Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 31. März 2025 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat mit 160 Stimmen ein neues Mitglied des Sozialversicherungsgerichts gewählt (KR-Nr. 174/2024).

Der Kantonrat hat mit 88 zu 87 Stimmen der kantonalen Volksinitiative «Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier (Mobilitätsinitiative)» zugestimmt (5947). Damit empfiehlt der Rat dem Stimmvolk, das voraussichtlich definitiv über die Volksinitiative befinden wird, die Initiative zur Annahme. Mit der Initiative wird gefordert, die Zuständigkeit für Temporeduktionen (Tempo 30) in die unübertragbare Zuständigkeit des Kantons zu legen. Zudem soll die Herabsetzung der allgemeinen Höchstgeschwindigkeit so weit wie bundesrechtlich zulässig vermieden werden. Ein von einer Minderheit (SP, GLP, EVP) vorgeschlagener Gegenvorschlag wurde mit 112 zu 63 Stimmen abgelehnt.

Der Kantonsrat hat mit der Grundsatzdebatte zur Volksinitiative «ÖV-Initiative» und zum Gegenvorschlag begonnen (5948). Die Beratung wird am Nachmittag dort fortgesetzt, wo der Rat sie am Montagmittag unterbrochen hatte.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 31. März 2025 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat die Beratung der «ÖV-Initiative» in erster Lesung mit der Grundsatzdebatte zur Volksinitiative und zum Gegenvorschlag fortgesetzt (5948). Nach der Grundsatzdebatte hat er den von der vorberatenden Kommission vorgeschlagenen Gegenvorschlag zur Volksinitiative materiell durchberaten. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung, an der auch über die Volksinitiative abgestimmt wird.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Lärmsanierung durch Temporeduktionen auf Staatsstrassen» von Grünen, SP, GLP und Mitte ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben (KR-Nr. 10/2020). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, sämtliche Abschnitte der Staatsstrassen mit Überschreitung der Immissionsgrenzwerte unter Berücksichtigung der Lärmreduktion durch tiefere zugelassene Höchstgeschwindigkeiten neu zu beurteilen und gegebenenfalls entsprechend zu signalisieren.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Lärmsanierung durch Flüsterbeläge auf Staatsstrassen» von EDU, SVP und FDP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben (KR-Nr. 122/2020). Mit dem Postulat wurde vom Regierungsrat ein Bericht verlangt, wie eine Lärmsanierung der Staatsstrassen durch Flüsterbeläge (lärmarme Beläge) im Kanton Zürich umgesetzt werden könnte.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Digitalstrategie für die Kreislaufwirtschaft» der FDP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben (KR-Nr.414/2021). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, für den Kanton Zürich eine Digitalstrategie für die Kreislaufwirtschaft zu erarbeiten, damit durch die Erfassung, Identifizierung und Codierung nützliche Rohstoffe wiederverwendet werden können.

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Solaroffensive II: Auf jedes Dach eine Photovoltaik-Anlage» der GLP ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben (KR-Nr. 91/2020). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, dafür zu sorgen, dass auf allen geeigneten Dächern von kantonalen Liegenschaften Photovoltaik-Anlagen gebaut werden.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Unisex-Toiletten in Gaststätten und Clubs» von FDP, SVP und SP mit 124 zu 45 Stimmen bei 1 Enthaltung dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 33/2023).

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Mehrwegverpackungen für Take-aways» von SP, Grünen und EVP mit 97 zu 75 Stimmen dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen (KR-Nr. 70/2023).

Der Kantonsrat hat über die Antworten des Regierungsrates auf eine Interpellation betreffend «Brückensanierung Eglisau – Priorisierung, Notwendigkeit der Massnahmen, Alternativen» der SVP diskutiert (KR-Nr. 73/2023). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Der Kantonsrat hat mit 122 zu 47 Stimmen die Motion betreffend «Keine rassistischen Kulturgüter im öffentlichen Raum» von SP und AL abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass alle rassistischen Kulturgüter und Denkmäler mit kolonialer Belastung aus dem öffentlichen Raum entfernt werden (KR-Nr. 131/2023). Das Geschäft ist damit erledigt.

(nic.)

Parlamentsdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: 043 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch